Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dem man nicht weiß, ob er ehemals grau, grün oder blau war? Und der abgeschabte Rock des Großvaters, was hat der für eine Färbung angenommen! Bon den zerschliffenen Hosen der Schulbuben oder dem Halstuch des Mareili oder Luisli gar nicht zu reden. Man würde nicht fertig, wenn man auf alle diese malerischen Einzelheiten hinweisen wollte. Sie finden sich fast in jedem Bilde vor. Anker ist vor nichts zurückgeschreckt. Wenn es galt, einen dunkelblauen, gestrickten Sandschuh auf einem schwarzen Mantel zu malen, so hat ihm das keine Mühe, aber viel Spaß gemacht. Und was für Aufgaben hat er sich von dem alten gemalten Rachelofen stellen laffen; aber wie gesagt, das läßt sich nicht aufzählen. Man muß sich, um inne zu werden, wie kultiviert die Malerei Albert Ankers ift, den kleinen "Seifenblafer" auschauen, "die Schülerin", die verschiedenen strickenden und schreibenden Mädchen, die "Lesende", "Genesung" u. f. f., vor allem aber "Schlafender Bauernjunge", eines ber vorzüglichsten Bilber ber Ausstellung, dem wenig Ahnliches zur Seite gestellt werden kann. Die fühne Berkurzung des im Beu am Boden liegenden Jungen verrät die ungewöhnliche zeichnerische Sicherheit, aber mehr noch frappiert die weiche und doch klangvolle Farbigkeit.

Mit zum Schönsten, was uns Anker hinterlassen hat, das sind die Kinderbildnisse. Seine Liebe zu den Kindern war unendlich. Mit freundslichen Worten, mit Lebkuchen und andern Süßigkeiten erschlich er sich leicht ihre Gunst, und unter seinen wohlwolsenden Blicken harrten auch die Zappligsten aus, wenn er sie hieß, sich auf ein Viertelstündchen als Wodell hinzusezen. Man wird nicht müde, in diese zarten Kindersgesichter zu schauen, und man bedauert bloß, daß nicht noch mehr da sind. Gerne würde man dafür auf viele Dutende der Studien und Stizzen verzichten, die in der Ausstellung einen fast allzu breiten Kaum einnehmen. Gewiß sind sie ausschlußreich für das Schaffen Ankers, aber wenn die Absicht besteht, die hochentwickelte Malkultur des Meisters zu zeigen, dann kommt ihnen zumeist verminderte Bedeutung zu.

Mit der Anker-Ausstellung hat sich die Berner Kunsthalle ein Verdienst erworben, indem sie mit großer Entschiedenheit nicht bloß die Aufmerksamkeit wiederum auf einen außergewöhnlichen Waler hingelenkt, sondern ihn gleichzeitig auch ins rechte Licht gesetzt hat, d. h. ihn als den Künstler von hoher malerischer Kultur zum Worte kommen läßt.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Parlamentswahlen.

Am 28. Oktober hat das Schweizervolk seine parlamentarische Vertretung neu zu bestellen. "Vom Ausgang dieser Wahlen hängen nicht zulett die Geschicke des Landes während der kommenden drei Jahre ab." Mit diesen Worten leitet die freisinnigsdemokratische Partei der Schweiz ihren Wahlaufruf ein. Sind sie wahr? Hängt das Geschick unseres Landes in den nächsten Jahren davon ab, was für Vertreter das Volk jeht in seine parlamentarische Vertretung schickt? Wersen wir zur Beantwortung dieser Frage einen überblick über die Parteien und ihre Ziele, denn sie, die politischen Parteien sind es, die sich durch das Volk zu seiner Vertretung im Parlament wählen lassen und von deren Geschick das Geschick des Parlamentes abhängt. Hängt vom Geschick des Parlamentes aber auch das Geschick des Landes ab? Das ist die Frage.

* *

Die freisinnig = demokratische Partei will, wie sie in ihrem Bahlaufruf erklärt, gegenüber "den klassenkämpferischen Anschauungen ber Sozialdemofratie und den fonfessionellen Tendenzen der Ronservativen Volkspartei die Grundfesten des gegenwärtigen liberalen Staates erhalten"; "eine ber wichtigften Aufgaben ber Partei ift es, ben Staat als Bolfsgemeinichaft aller Bekenntniffe auf der bewährten liberalen Grundlage zu erhalten". Ferner ift es, wie es weiter heißt, "schon längst eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, das Los der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern". Alters= und Hinterbliebenenver= sicherung dienen diesem Zweck, die Revision der Alkoholgesetzgebung steht damit in Zusammenhang. "Fortschrittliche Ordnung des Arbeitsverhältnisses, Ausbau des Gesamtarbeitsvertragsrechts" werden von einer "sich ruhig entwickelnden Bolkswirtschaft" gefordert. Als "weitere wichtige nationale Frage" neben dem bereits geschaffenen Beamtengesetz wird die Vereinheitlichung des Strafrechts und teilweise Revision des Obligationenrechts bezeichnet. Unter den "wirtschafts» politischen Forderungen der Nachkriegszeit" hat die Getreidefrage "die burgerlichen Parteien vorübergehend entzweit"; ihre Lösung soll die "heute noch immer unausgeglichenen Erwerbsbedingungen der Landwirtschaft" berücksichtigen. Eine fünftige "Gewerbe= und Submissionsgesetzgebung" hat "eine gedeihliche Fort= entwicklung des Gewerbe= und Handwerkerstandes zu gewährleisten". Schließlich will die Partei "der Entwicklung unseres Berkehrswesens", "der Erhaltung unserer Bolksschule", der Berufsbildung, der Förderung von Kunst, Kunstgewerbe und wissenschaftlicher Forschung, der Turnerei und sportlichen Bestrebungen ihre volle Ausmerksamteit schenken. Dagegen wird sie sich "dagegen wenden, daß die Frage der Abschaffung unserer Armee aufgerollt werde, bevor zu den bestehenden bescheidenen Friedensgarantien, die der Bölkerbund und unsere Neu-tralität enthalten, die Bölker der Erde den Friedenswillen durch die Tat bewiesen haben".

Bon diesem "Programm" ift zur Hauptsache eigentlich nur der zeitgemäße Ausbau des Arbeitsrechts nicht bereits verwirklicht oder in Berwirklichung begriffen. Der Dringlichkeit und Notwendigkeit der Inangriffnahme dieses Programmpunktes war auf dem Bieler Parteitag ein Vortrag von Nationalrat von Ary gewidmet. Ein Teilnehmer an diesem Parteitag schreibt allerdings in ber "Züricher Post": "Unter dem Eindruck, daß wir in der Lösung sozials politischer Fragen nicht auf die Mitwirkung aller Gruppen der freisinnigsdemos fratischen Partei zählen können, verließ ich Biel". Von anderer Seite (National= rat Schirmer) ist benn auch am gleichen Ort die Meinung geäußert worden, daß es in einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung schwierig sei, Richtlinien aufzustellen, die man nachher auch einhalten könne; ein Programm berpflichte, und darum sei es heute zu früh, sich auf ein solches festzulegen; dringlich sei im Augenblick nur die Reform der nicht mehr zeitgemäßen Parteiorganisation. Auch in der Frage der nationalen Erziehung, die auf dem Bieler Parteitag ebenfalls zur Sprache stand, will sich die Partei, nach den Aussführungen von Bundesrat Chuard, auf Förderung und Ausbau der nationalen Erziehung in den Grenzen der bestehenden Bundesverfassung beschränken; was praktisch so viel heißt, als in den Hauptbingen alles beim Alten zu lassen. Mis fehr unglücklich muß schließlich die Formulierung bezeichnet werden, wonach die Frage der Abschaffung unserer Armee nicht aufgerollt werden soll, bevor die andern Bölker den Friedenswillen durch die Tat bewiesen haben. Damit bekennt man sich boch nur noch bebingt zur Landesverteidigung als einem

wesentlichen Werkzeug des Staates zur Erhaltung seiner Souveränität. Ift das, weil die Erweichung des staatlichen Denkens in den eigenen Reihen wirklich schon so weit fortgeschritten ift, ober weil man den Mut nicht mehr aufbringt, offen und frei gur - emigen - Notwendigkeit eigener Wehrhaftigkeit gu fteben? So ober so bedeutet eine solche Stellungnahme für eine Partei, die den bestehenden Staat geschaffen hat und ben Anspruch erhebt, ihn heute noch zu tragen, die eigene Abdantung. Da besitt ber Standpuntt bes offenen Bagififten, ber fagt: nicht die andern sollen mit der Abschaffung der Armee vorangehen, damit wir dann folgen können, sondern wir wollen den Ansang machen, doch eine ganz andere Werbetraft! Wenn das zum Beitritt der Schweiz zum Bölkerbund gesprochene "Finis Helvetiae" sich vielleicht auch nicht in dem Sinne bewahrheitet, daß der Völkerbundsbeitritt das Ende der Schweiz herbeigeführt hat, so vielsleicht doch in dem, das Ende dersenigen Part ei beschleunigt zu haben, auf beren Tagung dieses Wort gesprochen wurde.

über das Programm der katholisch skonservativen Bolks = partei gibt der Bericht, den Nationalrat Walther am Luzerner katholischen Parteitag ablegte, erschöpfende Austunft. Die allgemeine Einstellung zum schweiszerischen Staat wird u. a. folgendermaßen umschrieben: "Oberster Grundsatz soll für uns sein: Chrliche und opferwillige Mitarbeit in der staatlichen Gemeinschaft aus eigener Initiative und unter Wahrung der Bewegungsfreiheit... Eine shstematische Opposition kann für unsere Partei nicht in Frage kommen... Wir haben im Parlament zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit mitzuwirken. ... Es geht nicht an, schweizerische Politik nur unter dem Gesichtspunkt kantonaler Politik betreiben zu wollen... Neben unserer kantonalen föderalistischen Einstellung mussen wir stets daran festhalten, eine schweizerische Partei mit

schweizerischen Zielen auf dem Boben der Bundesverfassung zu sein und zu bleiben".

über die taktische Einstellung der konservativen Bartei gegenüber den andern Parteien wurde u. a. gefagt: "Wir muffen eine felbständige Politik betreiben, eigene Ideen, eigenes Programm und felbständige Tattit haben. . . Der Proporz hat die freisinnige Partei als Mehrheitspartei beseitigt. . . Die Folge dieser Konstellation war die Zusammenarbeit der nationalen Parteien. Eine eigentliche Regierungstoalition, ein nationaler Blod hat nie bestanden. . . . Gine bürgerliche Einheitsfront à tout prix selbst da, wo ein starker ober gar übermächtiger sozialistischer Gegner nicht vorhanden ift, hat feinen Sinn. Für uns Konservative läuft die bürgerliche Einheitsfront à tout prix auch heute noch auf eine neue Hegemonie des Liberalismus hinaus... Die Bekämpfung des Sozialis-mus in seinen revolutionären und antisozialen Strömungen wird für unsere Partei auch für die Zukunft eine Hauptaufgabe sein. Sie wird zur heiligen Pflicht, je mehr sich der Sozialismus zum Bannerträger des Kulturkampfes ent-wickelt... Der schweizerische Sozialismus im Gegensatz zum deutschen scheint speziell nach dieser Richtung mehr und mehr auf schlimme Abwege zu geraten". Anderseits ist "die Berdrängung und Unterdrückung der sozialistischen Partei ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Die Kampfmittel muffen daher burgerlicherseits, nicht zulest von unserer Seite, sorgfältig gewählt werden". Der Zweisfrontenkrieg gegen Liberalismus und Sozialismus zugleich, wird aber abgelehnt. "Der gewollte und gesuchte Zweisrontenkrieg ist immer zum Verhängnis gesworden, da er auf der überschätzung der eigenen Kräfte beruht". Immerhin hält man ihn als im Vereich der Möglichkeit liegend. "Für unsere schweiszerischen nicht konservativen Miteidgenossen stellt sich auch in nächster Zeit die Frage, ob fie mit oder ohne uns eine Mehrheitsbildung anstreben wollen . . . Dhne und gegen uns kann nur eine radikal-sozialistische Regierungsbilbung in Frage fommen".

An einzelnen Brogrammpunkten verficht die Bartei u. a. die verhältnis= mäßige Vertretung in allen Behörden; "eine gerechte Vertretung aller Volks= schichten und Parteigruppen in den Behörden darf bei uns keinen Widerstand finden". Ferner die Bewahrung der Schulhoheit und der Finanzhoheit der Kantone. "Bir bekämpsen jeden Einbruch in die kantonale Schulhoheit... Hier gibt es für unsere Fraktion weder Markt noch Opportunismus... Wir haben daher auch gegenüber den Bestredungen aus Erhöhung der Primarschulsubentionen eine gewisse Keserve bewahrt, weil eine solche seicht zu vermehrten Einmischungen des Bundes in die kantonale Schulhoheit dugenblicklich kein unmittelbarer Anlaß besteht, verhält es sich anders mit der kantonalen Finanzshoheit; "man besürchtet vielsach eine Aberwucherung der Bundesallmacht; wenn die Finanzspolitik der Kantone zum großen Teil auf die eidgenössischen Subentionen sich stützen muß". Aber "die Kantone und die Gemeinden vermögen in großem Umsang heute ihre Ausgabe als Gemeindeweisen aus eigener Krastnicht mehr zu ersülsen. Der Bund ist als aktive, schöpferische Krast sich nehe Kantonen drängt sich daher ebenso dringend wie mit gerechter Notwendigkeit auf... Dem heutigen Subentionswesen hasten sich mit gerechter Kotwendigkeit auf... Dem heutigen Subentionswesen hasten sich scholische Krast sinchten sweisen sanzulkreben". Die katholisch-konservative Karte hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit großem Geschied die eidgenössische Kevision des Subventionswesens anzulkreben". Die katholisch-konservative Karte hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit großem Geschied die eidgenössische Finanzpolitif in der ihren Gesichtspunkten zuträglichen Beise beeinsluft und geseitet. "Seit sechszehn Jahren sind wir sür die nationale Finanzpolitif mitveantswortlich... Unserer Bertretung im Bundesrat ist es an erster Stelle zu danken, daß für den Kredit des Landes eine sichere Jukunstsgrundlage geschassen werden kann... In der Richtung der Aberzeugung und Ersahrung (vieser Vertretung) liegt es, auch den Kantonen neue Mittel zuzusühren. Ich erinnere an deren Anteil an der Stempelsteuer, am Benzinzoll u. s. w.".

Auch das Verdienst, in der Getreidesrage und in der Alkoholfrage einen "Kompromiß" gesunden zu haben, wird von der Partei, bezw. ihrem Vertreter im Bundesrat, für sich beausprucht. Von der Lösung der letzteren ist die Försberung der Alterss und Hinterbliebenenversicherung abhängig. "Besondere Schwiesrigkeiten" bot für die Partei von Ansang an das Problem der Vereinheitslichung des Strafrechts. Da dem Bund durch die Versassungsrevision von 1891 bereits das Recht zur Zentralisierung des Strafrechts eingeräumt war, konnte es sich nur noch darum handeln, "auf die Beratung der Strafrechtsvorlage einszutreten, daran mitzuarbeiten und die desinitive Entscheidung davon abhängig zu machen, ob und wie weit unsern grundsätlichen Vorschlägen Rechnung ges

tragen werde".

Zur Landesverteidigung heißt es: "Für die Armee soll das Möglichste getan werden, damit sie ihrer doppelten Aufgabe — Schutz unserer Freiheit, Unabhängigkeit nach außen und Aufrechterhaltung von Kuhe und Ordnung im Innern — gerecht werden kann... Umso gefährlicher ist eine Mentalität, die sich heute auch in bürgerlichen Kreisen vielsach geltend macht... Einen falsch versstandenen Pazisismus und trügerischen Optimismus bedeutet es, wenn vatersländisch gesinnte Leute dafür sich einsehen, daß die Armee zu beseitigen und damit unser Land wehrlos zu machen sei". In der Außenpolitik stellt sich die Partei-Fraktion hinter ihren Vertreter im Bundesrat: "Wir haben volles Verstrauen zum Leiter unserer auswärtigen Politik, der stets mit Geschief und Würde die Auslandsinteressen der Schweiz vertreten hat".

ster einige der wesentlichen Gesichtspunkte der liberalen Partei, bestehend aus zwei Genser, drei Waadtländer, einem Reuendurger und einem Basler Bertreter, unterrichtet ein Artikel Jean Martins im "Journal de Genève". Die Partei verdanke ihre Erfolge weniger nur ihren Vertretern, als der überzeugungskraft der liberalen Grundsäte. Zahlreiche Bürger, die andern Parteien angehörten, stimmten oft aus sicherem Instinkt in liberalem Sinne. Die enge Verbindung von Liberalismus und unmittelbarer Demokratie sei die besondere Erfindung der liberalen Partei. Als Hauptprogrammpunkte werden aufgeführt: Verteidigung der Unverletzlichkeit der Verfassung; die Partei werde zu dem Zweck demnächst ein Volksbegehren auf Schaffung eines Verfassungs-

gerichts einleiten. Ferner Verteidigung der Armee, Unterstützung der berechtigten Forderungen der Landwirtschaft unter Ausschluß sozialistischer Lösungen, Widerstand gegen die übertriebene Entwicklung des reinen Berufs- und Ständesgedankens, der das Übergewicht über das Gemeininteresse des Volkes zu erhalten drohe; Bekämpfung des übergewichts einer Politik der Geschäfte und Sonder- interessen; Unterstützung aller sozialen Werke, die nicht nur dem Staatssozialismus und Bureaukratismus als Vorwand dienen. Als Verdienst in der vergangenen Wahlperiode rechnet sich die Partei u. a. den Anteil an, den sie bei der Errichtung neuer Gesandtschaften, beim Abschluß von Schieds- und Handels- verträgen, bei der Abschaffung der Vollmachten, bei der Nichtzulassung von Nationalrat Grimm zur Präsidentschaft des Nationalrates, bei der Verwerfung des Getreidemonopols, bei der Errichtung eines Verwaltungsgerichts hatte.

Mancherlei Ergänzungen und auch Abweichungen enthält das Programm der Waadtländer Liberglen. Diese sprechen sich gegen "die Wiedergusuchme der

Mancherlei Ergänzungen und auch Abweichungen enthält das Programm der Waadtländer Liberalen. Diese sprechen sich gegen "die Wiederausnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Sowjets" aus. Sie verteidigen die kantosnale Selbständigkeit; widerseten sich jeder ungerechtsertigten Ausdehnung der Bundesgewalt, verwersen jede neue offene oder verschleierte direkte Bundessteuer, leisten der Annahme der jetzigen Strasrechtsvorlage Widerstand, stehen der Bewegung zugunsten der Berufsstandsorganisation freundlich gegenüber u. s. w.

* *

Harteien, so sieht die Banern = Parteien gekennzeichneten um "historische" Parteien, so sieht die Banern = Parteien geft auf einen zehnjährigen Bestand zurück. Das bedeutet aber nicht nur ein äußeres Merkmal; dieser Umstand ist auch entscheidend für die Einstellung der Partei zum liberalen Staat von 1848. Die erste und hauptsächlichste Birkung der neuen Bersassung von 1848 war ein mächtiger Ausschlichsten Birkung der neuen Bersassung von 1848 war ein mächtiger Ausschlichsten gene von Industrie, Handel und Berkehr. Sie kam also ganz natürsicherweise in erster Linie den Volksschlichten zugute, die sich damit beschäftigten, und innerhalb diesen wiederum den Führerschichten. Der letztere Umstand sührte zur Abspaltung der arbeitnehmenden Schichten von der politischen Partei des Freisinns, zuerst, in einzelnen Kantonen, der Demokraten, die sich später ihr wieder anschlossen; dann der Sozialdemokraten. Die Arbeitnehmersichaft von Industrie, Handel und Verkehr hat es in den rund drei Jahrzehnten ihres politisch selbständigen Daseins verstanden, sich materiell weitgehend bestriedigende Lebensverhältnisse Juschschlichen. Ihr Kampf geht heute berechtigtersweise nur noch um Anteil an der Führung und Mitbestimmung der wirtschaftslichen Vorgänge und öffentlichen Angelegenheiten in dem ihrem Können und Leisten entsprechenden Maße.

Anders die Bauernschaft. Sie genoß nicht nur keinen Schutz durch die Verfassung von 1848, sondern kam durch die schrankenlose Wirtschaftsfreiheit, die diese zum Grundsatz erhob, mehr und mehr ins Hintertreffen. Andere Erswerbszweige, die sich durch die ausländische Konkurrenz in dieser oder jener Form bedroht fühlten, hatten sich rechtzeitig zur Wehr gesetzt und den Schutz des Staates erzwungen. Heute sucht die Bauernschaft ebenfalls diesen Schutz.

"Die Berner Bauern haben beschlossen — führte der schweizerische Bauernsekretär am Bauern-Bolkstag auf dem Bundesplat in Bern aus —, durch eine große Versammlung den Behörden und der Offentlichkeit die Not der Landwirtschaft deutlich zum Bewußtsein zu bringen... Hier auf diesem Platze, wo schon oft die Arbeiter und Angestellten tagten, um ihre Interessen zu vertreten, ruse ich diesen Kreisen zu: Im Vergleich zur Lage von Tausenden von Kleins, Bergsund Schuldenbauern sind viele von Euch Bourgeois und Herren... Der hohe Stand der schweizerischen Wirtschaft verteuert alles. Wer ist (aber) verantwortslich sür all den Luzus im Staat und im Privathaushalt, für alle Bequenlichsteiten und Vergnügungen, die das Leben verteuern? Doch sicher nicht der Bauer... Die Einreise fremder Arbeiter und Angestellter wird heute verboten. Die Arbeiter genießen dadurch den höchsten Schutz ihrer Interessen... Wir protestieren gegen die Herzlosigskeit und Selbstsucht weiter Kreise der Sozialsdemokratie, der Arbeiter, des Großkapitals und der Großindustrie, die unter dem Schlagwort "Freihandel" den Bauer dem Untergang entgegentreiben... Es wäre

undankbar, zu bestreiten, daß in der Bundesversammlung zahlreiche Männer zu finden sind, und daß die Mitglieder des Bundesrates den guten Willen haben, uns zu helsen. Nicht ihnen, sondern denjenigen, die dem Bundesrat entgegenstreten, gilt unser Protest". In der Resolution, die von der gleichen Tagung angenommen wurde, heißt es u. a.: "Die Tagung des Landvolkes stellt sest, daß gewaltige Verschiedungen in der Verteilung des Volkseinkommens zuungunsten des Bauernstandes eingesetzt haben, tiesgehende Mißverhältnisse zwischen Versichen des Volkseinkommens zuichen Rosten und Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestehen, die zu einer unerträglichen Not in der Landwirtschaft führen". Und es werden folsgende zollpolitische Begehren gestellt: vorübergehendes Buttermonopol, Beisbehaltung der Einsuhrsperre für Schlachtvieh, strenge Handhabung der Einsuhrserre berordnung übermäßiger Pferdeeinsuhr, Kennzeichs nung der eingeführten Gier, Förderung der Ausfuhr von Zuchtvieh, Beibehaltung der geplanten Generalzolltarifansätze; daneben wird auf finanzpolitischem Gebiet verlangt Herabsetzung der Liegenschaftstagierungen für die eidgenössische Ariegs= steuer, Herabsetzung des jetigen Spothekarzinssates, Zinsentlastung verschuls beter Kleinbauern, Anpassung der Kapitalaussuhr an die Bedürfnisse der eins heimischen Volkswirtschaft. Die gleichen Forderungen in finanzpolitischer Sinsicht wurden erhoben auf der zwei Tage später in Bern tagenden Konferenz für staatliche Finanzhilse an die Landwirtschaft, die, in der Zahl von etwa 70 Ber= tretern aus allen interessierten Berufskategorien vom Bundesrat zusammenberufen, mit ihren ausschlieglich dem vorliegenden Begenftand gewidmeten, alfo rein sachlichen und von keinen machtpolitischen Gesichtspunkten beeinflußten Berhandlungen durchaus den Charafter einer berufsständischen Bertretung, eines Wirtschaftsparlaments besaß. Auf einen gemeinsamen Renner gebracht, beißen bie Forderungen der Landwirtschaft an den Staat: nach der politischen Bleich= heit der liberalen Verfassung von 1848 gilt es nun auch "die wirtschaftliche Berechtigfeit" zu verwirklichen.

"Birtschaftliche Gerechtigkeit" ist aber ein bem liberalen Staat frember Begriff. Im politischen Parlament des liberalen Staates geht es um Macht. Es wird dort nach der Zahl, nicht nach der Sache entschieden. Eine absolute oder auch nur relative Mehrheit in der Bundesversammlung wird sich die Bauernpartei wegen der Minderzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung aber nie erringen können. Sie ist für die Erfüllung ihrer Forderungen ausschließlich auf das Wohlwollen der andern Parteien angewiesen. Wobei sie, besonders vor Wahlen, ihre Zwischenstellung im Kampf zwischen Kapitalismus und Arbeitnehmerschaft ausnüten fann. Auf der Delegiertenversammlung der kantonal= zürcherischen Bauernpartei hat deren Parteipräsident diese Zweifrontenstellung wie folgt umrissen: "Ich ruse Euch vor allem auf zum Kampf gegen die Sozialdemofratie, die Partei, die für sich alles: furze Arbeitszeit, hohe Löhne u. j. w. begehrt, dem Bauer aber selbst das zum Leben Nötigste vorenthalten Aber auch die bürgerlichen Parteien schicken sich an, auf Rosten der bäuerlichen Vertretung ihre Mandate zu vermehren... Wir müssen vor allem sagen, daß die bürgerlichen Parteien es sehr oft am richtigen Verständnis für unsere Sorgen und Nöte sehlen lassen". In politische Ziele hat sich der Daseinskampf der schweizerischen Bauernschaft bisher nicht umgesetzt. Dazu ist die Bewegung wohl noch zu jung. Sie verlegt sich vorerst aufs Bittstellen an ben bestehenden Staat und seine Machthaber. Nur wenn beren Wohlwollen gar zu geringe praktische Ergebnisse zeitigt, scheint sie neuestens auch vor Kampf= mitteln, die nahe ans Revolutionäre grenzen — der Bauernzug auf den Bundes= hausplat in Bern — nicht zurüchscheuen zu wollen.

* *

Die Arbeitnehmerschaft von Industrie, Handel und Verkehr hat sich dank ihrer organisatorischen Fähigkeit und Ausdauer in den letzen Jahrzehnten auf einen, im Vergleich zu andern Berufsschichten, wirtschaftlich recht günstigen Lebensstand zu erheben vermocht. Um diesen sicherzustellen und aus dem Besdürfnis einer Forderungen stellenden, zukunftsgläubigen und opferwilligen Volksschicht heraus, verlangt sie heute Anteil an der Führung sowohl im wirtschafts

lichen Produktionsvorgang wie in Staat und öffentlichen Angelegenheiten, ja in offensichtlicher übersteigerung ihres Selbstbewußtseins sogar die alleinige Führung. "Im Bürgertum sehlt jeder frische, freie Zug, es fehlt das Zukunftsziel — hat Nationalrat Grimm am Zürcher Parteitag der Sozialde mokratie ausgeführt —; der Glaube an die Zukunft ist verloren; man versucht nur noch zu retten, was noch zu retten ist. Da freue ich mich, daß wir als Partei das alte Wort aufnehmen können: wir sind jung und das ist schön. . Aus dem allgemeinen Programm der Sozialdemokratie geht der begeisternde Gedanke hervor, daß die Arbeiterschaft den Anspruch erheben darf, nicht nur gestütt auf theoretische Erkenntnisse, sondern gestütt auf bisherige Erfolge und Errungenschaften, den Ausweg aus diesem Wirrsal der Gegenwart zu weisen. Wir können dem Menschen das geben, was keine Konsession, keine bürgerliche Partei, keine bürgerliche Kulturströmung ihm zu geben vermag: Die tiese lodernde überszeugung, daß der Sozialismus seiner Kealisierung entgegengeht, daß mit ihm ein neues und freieres Geschlecht entstehen wird."

Wo sind denn diese "disherigen Erfolge und Errungenschaften", auf Grund derer die Arbeiterschaft den Anspruch erheben kann, mit ihrer marzistischen Theorie für die ganze Zukunft richtungweisend zu sein? Die Arbeiterschaft hat sich, z. T. dank der marzistischen Lehre in den letzten Jahrzehnten, überall bessere Lebensverhältnisse zu erringen vermocht. Gerade den Beweis, daß sie über ihre eigenen Interessen hinaus nun auch für das Volksganze und die staatsliche Gemeinschaft gangbare neue Wege zu weisen vermag, ist sie aber schuldig geblieben. Wo sie zur Herrschaft kam, war sie, sobald nicht mehr nur die Interessen des Arbeiterstandes in Frage standen, genau so ratlos, oder wenn möglich noch ratioser, als die bisherigen Regierenden. Und alle "tiese lodernde Aberzeugung" von der baldigen Verwirklichung des Sozialismus und der Entsstehung eines "neuen und freieren Geschlechts" hat einen Lenin nicht davor beswahrt, sein Volk und Land in einen Justand trostlosester innerer und äußerer Verlotterung und Unsreiheit zu versehen. Mit Aberzeugung und Glaube allein ist es nicht gemacht. Es kommt in erster Linie auf die Tiese der Einsicht in menschliche und übermenschliche Dinge an, die diesen zugrunde liegt.

Die Oberstächlichkeit und Unzulänglichkeit des theoretischen Unterbaues der

Die Oberflächlichkeit und Unzulänglichkeit des theoretischen Unterbaues der sozialistischen Bewegung hat sich längst an dieser selbst gerächt. Vorübergehend mag es zu einigem Ersolg führen, mehr zu versprechen als man ersüllen kann. Aber eines Tages muß man doch Rechenschaft ablegen. Und wenn dann die Wirklichkeit und was man in ihr leisten kann, ganz anders aussieht, als die ausschweisenden Hoffnungen, die man jahrzehntelang in den Reihen der eigenen Anhänger erzeugt hat, dann tritt eben die Schwäche des eigenen übermarchten Standpunktes zu Tage. So hat eine allgemeine Bertrauenskrise und innere Spaltung die sozialdemokratische Partei im vergangenen Jahrzehnt um die Hälfte ihrer eingeschriebenen Parteimitglieder gebracht. Die sozialdemokratische Partei dürste denn auch ihre zahlenmäßige Höchstgrenze in den ersten Nachstriegssahren bereits überschritten haben (60,000 eingeschriebene Mitglieder 1919 gegenüber 30,000 1928). Womit aber nicht gesagt ist, daß die Zahl dersienigen, die ihr bei Abstimmungen und Wahlen ihre Stimme geben (heute etwa ein Viertel der Stimmberechtigten, d. h. 200,000 bis 250,000), nicht gelegentlich

noch bedeutend ansteigen kann.

Denn das soll man doch ruhig zugeben, die parteipolitisch organisierte Arbeiterschaft ist heute das Salz in unserem Staatsleben. Abgesehen von der in jüngster Zeit auch Forderungen an die Zukunft stellenden Bauernschaft (und Angestelltenschaft), ist sie augenblicklich doch das einzige Element, das sich poslitisch nicht auf die Ruknießung des Bestehenden beschränkt. Darum sammeln sich unter ihrer Fahne Biele, denen die marristischen Phrasen an sich höchst gleichsgültig sind, die aber materiell und geistig aus dem heutigen Zustand herausswollen und notwendig dort Anschluß suchen, wo man das auch will. Und selbst diesenigen, die diesen Anschluß nicht vollziehen, verdanken es, wenn sie mit ihren Forderungen an den liberalen Staat einigen Erfolg haben, dem Dasein einer Sozialbemokratie. Ohne die Möglichkeit der ausgesprochenen oder unaussgesprochenen Drohung, ins sozialistische Lager abzuschwenken, hätte die Bauerns

schaft bei den Nutnießern der Ordnung von 1848 noch nicht manche ihrer Forsberungen durchzuseten verwocht. Man kann daher sagen, daß die sozialistische Arbeiterschaft in der Praxis besser ist als in der Theorie und ihre Politik in der Wirklichkeit sür das Ganze fruchtbarer, als nach ihrer Lehre erwartet werden könnte. Auf jeden Fall ist sie von dem brennenden Ehrgeiz beseelt, dem mit so viel unbegründeter Selbstüberheblichkeit auf sie herabsehenden "Bürgertum" zu zeigen, daß sie zum mindesten ebenso gut regieren kann wie es. "Für uns Zürcher ist das rote Zürich eine Mahnung, zu zeigen, daß die Stadt ebenso gut und solide, wohl aber sozialspolitisch fortschrittlicher geleitet werden kann als früher", hat der sozialistische Zürcher Stadtpräsident Klöti am sozialistischen Parteitag ausgesührt. Wenn umgekehrt die Arbeiterschaft ihrerseits ebenfalls nicht Mangel an übersteigertem Selbstbewußtsein leidet, so ist die psychologische Erklärung dafür in erster Linie in dem Umstand zu suchen, daß die Arbeiterschaft das, was sie heute ist, ganz aus eigener Krast und gegen den Widerstand einer ganzen Welt geworden ist und daß das natürlicherweise einigem

Stolz und Selbstbewußtsein ruft.

Kurzsichtig und widersinnig ist es aber heute sicher, diese große Kraftsquelle, wie sie die politisch aktivierte Arbeiterschaft darstellt, weiterhin skändig vom Staatsleben ausgeschloffen halten zu wollen, anftatt daß man fie in ben Dienst der dringlichen Reform des liberalen Berfassungsgebäudes zu stellen versucht. Daß die Arbeiterschaft zufolge der doktrinären Berbohrtheit ihrer Führer= schaft, ihr gut Teil Schuld an dieser unfruchtbaren Frontstellung von Bürgertum gegen Sozialdemokratie hat, kann nicht bestritten werden. Aber zum min= desten ebenso viel Schuld lastet auf den "historischen" Parteien mit ihrem spießerischen Unverstand oder ihrer menschlich, aber nicht staatlich verzeihlichen Seffelpolitif. Ober wie will man benn vor Staat und Bolk diese grenzenlose Rurzsichtigkeit rechtfertigen, die man soeben in der Bundesversammlung erlebte, wo die fachlich richtige Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Spannung im schweizerisch-italienischen Verhältnis unter der stillschweigenden Billigung der regierenden Parteien durch den Außenminister vor dem Ausland als Parteimache und Wahlmanöver denunziert und so dem Ausland wieder einmal die Wasse gegen unser eigenes Land in die Hand gedrückt wurde. Das schweizerische italienische Verhältnis ist genau so ernst, wie es in den sozialistischen Voten geschildert wurde, ohne daß der Anti-Faschismus dabei eine irgendwie aussschlaggebende Rolle spielt. Es geht hier um Dinge zwischen Staat und Staat. Und wenn in der Aussprache im Nationalrat vom letzten Donnerstag und Freitag jemand die Sache des schweizerischen Staates versochten hat, so war das nicht die Koalition der regierenden historischen Parteien, sondern die der Staatssfeindlichkeit beziehtigte Sozialdemokratie Wan könnte darum aut dei allen feindlichkeit bezichtigte Sozialdemokratie. Man könnte darum gut bei allen Parteien mit den gegenseitigen Anwürfen, man treibe Politik nur für Partei= und Wahlzwecke, etwas sparsamer umgehen. Partei politik treibt jede Partei. Entscheidend ist allein, wieweit dieselbe dem Staat und den Interessen der Gesamtheit dienlich ist. Und in dieser Sinsicht steht sicherlich keineswegs fest, daß nur diejenige Parteipolitik ben Interessen ber Gesamtheit bient, die an deren staatlichen Organisationsgrundlagen keine Anderung vornehmen oder zulassen will.

Aber die taktische Einstellung der sozialdemokratischen Partei hat sich Nationalrat Grimm am Parteitag u. a. wie folgt ausgesprochen: es sei in den letten Jahren versucht worden, "Hochsinanz und Industrie unter die Fahne des Klerikalismus zu bringen"; diesem Bersuch habe der Kampf gegen das Gestreidemonopol gedient; ferner früher schon die großzügige Organisation gegen die Bermögensabgabe, mit der restlosen Preisgabe des Gedankens einer direkten Bundessteuer, mit dem Eintreten für indirekte Steuern, für Zölle u. s. w. Die Bauern habe man durch Zuwendung vermehrter Subventionen zu gewinnen versucht, habe allerdings damit nicht verhindern können, daß "auf dem Bundessplat in Bern der Präsident des schweizerischen Nationalrates und der Präsident des bernischen Regierungsrates gegen die Politik der Eidgenossenschaft, gegen die Politik der bernischen Regierung protestierten". In dem Umstand, "daß das Bürgertum eines demokratischen Landes unter der Führung des klerikalen Finanzministers steht", will Grimm "die restlose Abbankung der freisinnigen

Bartei" und Liquidierung der eigenen Geschichte durch den Freisinn sehen. Angefangen habe diese "Rapitulation mit der Zulassung des Nuntius". Endgültig sei "der Berzicht auf die Führung in der schweizerischen Politik" geworden durch die Zurversügungstellung der zwei wichtigsten Departemente, eben des Finanzdepartements und außerdem des auswärtigen Departements an die katholisch-konservative Partei. Bon der "politischen Bauernbewegung" heißt es, fie habe bei ihrem Beginn im Jahre 1918 einen Zweifrontenkrieg "gegen ben Rapitalismus, gegen die Banken und die Hochfinanz, aber auch gegen den Sozialismus" führen wollen; "in den letten zehn Jahren haben aber die Bauernführer den Kampf nur gegen den Sozialismus geführt, sie sind Hand in Hand mit den kapitalistischen Vertretern marschiert". Den von bürgerlicher Seite gegen die sozialdemokratische Partei erhobenen Vorwurf, sie stelle sich "grundsätlich außerhalb der Verfassung", kehrt Grimm um in einen Vorwurf gegen "diejenigen, die unter Migachtung der demofratischen Grundsätze eine Seffelaffeturanz abgeschloffen haben, auf daß fein Plebejer oder sonst ein Un= würdiger irgendwie an eine entscheidende Staatsstelle gesetzt werde", und gegen "jene Herrschaften, die hundert Millionen neuer Zolleinnahmen unter Bruch der Verfassung sich dauernd errafft haben". Auch einer Stellungnahme zur Landesverteidigung wird mit dem Gegenhieb ausgewichen: "Man fpricht fo viel von den Sicherheitsmaßnahmen, die im Interesse des Landes getroffen werden müßten, von der Armee, die wir brauchen, um das Land zu schützen. Wenn aber die faschistische Anmaßung weitergeht, wenn man den Faschismus nicht würdig und fest in bestimmte Schranken zurückweist, dann entsteht eine ungleich größere Befahr für die Sicherheit unferes Landes, als alles, mas in

den nächsten Jahren sonst passieren kann".

Zusammensassend läßt sich über die Sozialdemokratie sagen, daß ihr poslitisches Programm in erster Linie durch eine Überschätzung der eigenen Kräfte gekennzeichnet ist. Sie sührt gewissermaßen einen Vierfrontenkrieg gegen Kapistalismus, gegen Klerikalismus, gegen die des Zollschutzes bedürftige Bauernschaft und gegen die nationale Front. So kann die Arbeiterschaft wohl die Unzulängslichkeit des liberalen Staates tagtäglich neu dartun. Aber wie diese Unzulängslichkeit überwunden und an ihre Stelle etwas Bessers geschaffen werden kann,

dafür weist auch fie feinen Weg.

* *

Mus dem über die einzelnen Parteien Gejagten geht hervor, daß weder ber 28. Oftober noch spätere Bahlen mesentliche Underungen im Stärkeverhältnis der Parteien bringen werden. Die Fronten sind längst erstarrt. Man befindet sich im Stellungsfrieg. Der fleinste Gelandegewinn nach der einen ober andern Seite muß mit ungeheurem Aufwand und mit Opfern erfämpft werden, die in feinem Berhältnis zum Gewinn und zu dem stehen, was damit erreicht wird. Darum wirkt der politische Rampf von heute jo zermurbend auf diejenigen, die daran teilnehmen, und abschredend auf die, die außerhalb stehen. Der Erfolg lohnt nicht den Einsatz. Das gilt nicht nur für die Wahlen, sondern in noch höherem Mage für die Arbeit, um deretwillen die Wahlen vorgenommen werden: für die Parlamentstätigkeit. Es ist immer der gleiche Eindruck, den man von den Berhandlungen in Bern mit nach Sause nimmt: niemand ist dort von der inneren Notwendigkeit von all dem, mas da geredet und verhandelt wird, wirklich überzeugt. Der Einzelne redet, weil er sich persönlich wichtig machen oder weil er seine Anwesenheit in Bern rechtfertigen oder weil er sich seinen Wählern empfehlen will. Bon den zwei Dutend Reden, die zur Staatshilfe an die Landwirtschaft während einer Woche gehalten worden sind, war keine einzige der Sache wegen erforderlich. Das sachlich Notwendige hatte die zu diesem Zweck acht Tage vorher einberusene "Expertenkommission", d. h. die Vertretung ber einschlägigen Berufstategorien erledigt.

Im politischen Proporzparlament geht es eben nicht um die Sache, sondern um die Macht. Hätte man, wenn es sich um die Sache und nicht um Machtfragen handelte, wirklich das Getreidemonopol durch die jezige Lösung ersezen müssen, die staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben ebenfalls nicht vermeibet, aber viel fomplizierter und unrationeller sein wird als die Monopollösung? Würde man Wochen und Wochen über die Verteilungsart für die Erträgnisse bes eidgenössischen Benzinzolls an die Kantone verhandeln, wo sachlich doch längst eine grundsätliche Resorm des sinanziellen Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen dringlich ist? (Diese Debatten haben an Taggeldern, ausgesallenen Arbeitserträgnissen, Drucks, Wartungss, Heizungss und Beleuchtungskosten mins destens den Jahresanteil mehrerer Kantone am Benzinzoll verschlungen!) Und ist denn mit den paar Millionen, die man jetzt unter so großem Wortauswand der Landwirtschaft von staatswegen zuhält, und die ein Bauernvertreter selbst als Tropsen auf den heißen Stein bezeichnet hat, wirklich etwas Ernsthaftes sür den Bauernstand getan? Ist es angesichts solcher Verhältnisse so unverständslich, wenn es Leute gibt, die behaupten, es handle sich dabei um nichts anderes als Wahlpropaganda der regierenden Parteien mit Bundesgeldern?

Das politische Parlament hat seine Fähigkeit zu fruchtbarem Handeln in dem Augenblick verloren, wo es keine absolute Mehrheitspartei mehr in ihm gibt. Die entscheidende Frage ist nun, ob sich auf parlamentarischem Boden jesmals wieder eine solche wird herstellen lassen. Benn nicht, dann ist das Urteil über das politische Parlament gesprochen. Diese Frage muß verneint werden. Das politische Parlament wurde unter ganz andern gesellschaftlichen Borausssehungen geschaffen, als sie heute bestehen. Heute ist der Großteil der Bürger, entsprechend seiner Berufszugehörigkeit, kollektiv interessiert, handelt und denkt kollektiv. Wer einen Vertreter zu bestellen hat, entimmt ihn seinem unmittels daren Interessensie, seinem Berufsstand. Darum sinden sich im Parlament unvermeidlicherweise immer mehr Vertreter der Interessen von Berufsständen zusammen. In einem so zusammengesetzen Parlament aber die Zahl entscheiden zu lassen, ist ein Unding. Dabei würden die Berufe, die die zahlreichsten Bürger beschäftigen, die andern Beruse dauernd majorisieren. Der Bauernstand steht ja heute vor diesem Schicksal. Im Verhältnis der Beruse zueinander und zum Volksganzen kann nicht die Macht der Zahl entscheidend sein, auf der das poslitische Parlament aufgebaut ist. Daher kann ein "Experten"-Parlament, eine Vertretung der Berufsstände auch nie mehr als beratende Besugnisse haben. Das Machtmäßige, die Politik, muß in einer andern Instanz verkörpert werden.

Wir kennen in vielen Kantonen längst die volksgewählte Regierung. Auch ber volksgewählte Bundesrat ist eine alte Forderung. Je mehr aber die Ber-hältnismahl vorwärts schreitet, und ihr Fortschreiten ist wegen der zunehmenden Gliederung der Gesellschaft nach Berufsständen unaufhaltsam, desto mehr ist die Handlungsfähigkeit der volksgewählten Regierung bedroht. Es ist das Berdienst des ebenso mutigen wie durchdachten und in vielen Dingen eigentlich seherischen Buches von Carl Horber über die schweizerische Politik, den Ge= banken bes volksgewählten Bundespräsidenten in die Diskuffion geworfen zu haben. Der volksgemählte Bundespräfident vermeidet die Befahren der volks= gewählten Regierung. Underseits ift die Bolksmahl einer Ginzelperson, in der politische Macht und sachliche Führung zusammenlaufen, das einzige Mittel, die erstarrten Fronten bes heutigen Parteien-Rampfes aufzulösen und aus dem politischen Stellungsfrieg wieder einen politischen Bewegungsfrieg mit der Aussicht auf Entscheidungen zu machen, die den Ginsat lohnen. Der Bundespräsi= bent kann nicht, wie der Bertreter ins Parlament, unter dem Gesichtspunkt des berufsständischen Einzelinteresses gewählt werden. Bier entscheiden die großen politischen Linien: Oligarchie oder Wirtschaftsbemokratie, Föderalismus ober Bundesstaat, Wirtschaftspolitik unter privatem oder staatlichem Gesichtspunkt, außenpolitische Ginftellung auf den Weften, Guben ober Norden?

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer diesmaligen Betrachtung zurück: Vom Ausgang der Wahlen ins Parlament am 28. Oktober sollen die Geschicke unseres Landes abhängen. Die Geschicke unseres Landes hängen aber weder von diesen Wahlen noch von dem dadurch zustande kommenden Parlament ab. "Geschicke" und damit Geschichte wird unser Land erst wieder haben, wenn der politische Kampf wieder um große Gesichtspunkte geht. Vorausgesett, daß uns nicht schon vorher eines Tages von außen "Geschicke" bereitet werden, denen

wir aber bann wegen unserer inneren Ziel- und Sorglosigkeit nur ungenügend gewachsen sind.

Marau, den 3. Oftober 1928.

Sans Dehler.

Nationale Friedenspolitik.

Krieg ist Politik, weitergeführt mit dem Mittel der Gewalt. Wo die Diplomatie im Erstreben eines Zieles nicht mehr durchzudringen vermag, tritt die Armee an ihre Stelle und übernimmt die Aufgabe; dann sprechen die Waffen. Die Erscheinung des Krieges ist dem Geiste des Abendlands immanent. Es ist

mafrofosmischer Rampf ums Dafein.

Krieg an und für sich ist Unsinn. Unermeßliche Werte, Werke vieler Generationen werden zerstört, Leiber von Menschen der Verwahrlosung preisgegeben oder zersett in Massengräber geschaufelt. Seelen fallen der Verrohung und Verwilderung anheim. Gewiß, Krieg ist sinnloß; der denkende, vernünstige Mensch muß ihn verdammen. — Dies sein Anathema aber soll sich, entsprechend der Betrachtung, erstrecken nur auf daß isolierte Objekt, den Krieg selbst. Wo er nicht Selbstzweck, sondern einzige und letzte Möglichkeit bildet, um einen vom sittlichen und moralischen Standpunkt auß gebilligten oder herbeigewünschten Zustand zu erwirken, darf seine Wertung nicht mehr dermaßen negativ außsfallen; denn der Zweck heiligt die Mittel. Voraußsehung bleibt, daß tatsächlich ein anderer Weg nicht offen steht, daß zum Krieg als letztem Mittel geschritten wird.

Aufgabe unserer schweizerischen Armee ist, uns die politische Unabhängig= feit zu sichern und damit die Schrecken eines fünftigen Krieges vom nationalen Boden fern zu halten. - Wir muffen den Mut haben, die Dinge zu feben wie sie sind. Der politische Horizont ist durchaus nicht hell; das Bertrauen in die Macht des Bölkerbunds ist, vielleicht mit Recht, gering. Aus den Pakten wider den Krieg spricht gegenseitiges Migtrauen; feine Verständigung über das Maß der Abrüstung in Genf; im Gegenteil, die Großstaaten bereiten sich für alle Möglichkeiten vor. Genf selbst erklärt darum als Friedensgarantie die Notwendigkeit der nationalen Berteidigung, die Notwendigkeit eines Wächters über die Unverlettheit des Staatsgebiets. Es erklärt damit die Not= wendigfeit der Armee. Uns Schweizern ist sie noch anderswo ausgesprochen: in der Grundlage unseres Staates, der Berfassung; die Mehrheit des Bolkes will, daß eine nationale Armee besteht, der schweizerische Souveran hat die Notwendigkeit als eine solche erkannt. Daß dies Heer tüchtig und schlagbereit sein muß, ift selbstverständlich; benn nur bann rechtfertigt es bie Laften, die der Burger um feinetwillen trägt und zu tragen gewillt ift, nur dann ist es überhaupt imstande, seine Aufgabe zu erfüllen, erfolgreich für Erhaltung der politischen Unabhängigkeit einzustehen. Auf diese Bereitschaft zu achten, für die Beseelung der Armee mit gutem nationalem Geist zu forgen, muß uns, zwar nicht erste, aber eine Pflicht sein. Wie aber, wenn unser Heer vermindert und noch weiter vermindert werden foll, den versponnenen Ideologien ober Bühlereien unverantwortlicher, blinder ober lächerlich utopistischer Elemente zufolge?

Anderseits aber muß uns Gewißheit gegeben sein, daß unsere Armee zweckgebunden und lettes Mittel bleibt. Und sie ist uns gegeben; denn Form, Umfang und Tätigkeitssseld der Armee sind ebenfalls, beschränkt auf ein Mindestsmaß, gesehlich genau umschrieben. Ihre Gestaltung entspricht der Auffassung der Mehrheit des Bolkes. Noch eine weitere Sicherung gegen uns selbst besteht: unsere selbstgewählte, im Pariser Vertrag von 1815 niedergelegte und von den europäischen Großmächten anerkannte Neutralität. Die Jdee des "Stillesitens", wie der alte Rechtsausdruck dafür lautet, ist bei uns viel zu tief eingewurzelt, als daß wirklich die Gesahr einer übertretung durch schweizerische Organe bestünde. Nur um uns zu schüßen, nur um Zerstörung und Verwüstung vom

Lande abzuhalten, greisen wir zu den Wassen: nur bei jener Lage der Dinge, in der die modernen Gesetze dies auch dem Einzelindividuum ausdrücklich erslauben, dann nämlich, wenn wir in Notwehr handeln. Für diesen Fall der Not jedoch sind wir bereit. Das ist nicht undemokratischer Militarismus. Von solchem kann nur da gesprochen werden, wo es sich um eine Überordnung der militärischen Gewalt über die bürgerliche, wo es sich um Vorherrschaft militärischer Instanzen und Auffassungen handelt. Bei uns in der Schweiz jedoch sind alle militärischen Stellen den bürgerlichen Gewalten (Wahl des Generals durch die Buns desversammlung) unterstellt, und man kann deshalb mit Fug behaupten, daß die schweizerische Heeresorganisation den direkten Gegensatz einer militaristischen darstellt.

Noch ein weiterer Einspruch gegen die Daseinsberechtigung der schweizerischen Armee soll hier abgewiesen werden. Es handelt sich um den abgebroschenen, allzu oft erhobenen Borwurf, daß sie zahlenmäßig oder in Bezug auf technische Qualitäten zu schwach sei, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es wird im Zusammenhang damit darauf hingewiesen, daß die Unmöglichkeit, sich aus den Erzeugnissen des eigenen Bodens allein zu ernähren und die daherige zwangsmäßige Verknüpfung in den internationalen Güteraustausch der Schweiz eine Friedenspolitik im Sinne einer vollskändigen Demobilisierung aufzwinge. Als ob es überhaupt auf unserm Kontinente einen kulturell hochstehenden Staat gäbe, der sich längere Zeit aus sich selbst heraus ernähren oder ohne Außenhandel bestehen könnte. Nein, nicht aus innerer Schwäche, sondern aus reiner Vernunft haben wir Friedenswillen. Hier über die Frage zu streiten, ob die Schweiz gegebenenfalls imstande wäre, den nationalen Boden vom Feinde frei zu halten, ist entschieden nicht am Plaze. Gesagt sei nur, daß, wer sie verneint, eine leere Behauptung aufstellt, die nicht bewiesen werden kann; denn sein "Beweis" würde strozen von Konjunktiven und unbestimmten Boraussehungen; zu viele Größen sind unbesannt. Jedenfalls kommt ein Kriegsfall Schweiz einerseits — eine Großmacht anderseits, wie er solchen Betrachstungen in der Regel zugrunde gelegt wird, in Wirklichkeit bei der politischen Lage der Schweiz als Busserstaat nur ganz unwahrscheinlich in Frage.

Lage der Schweiz als Pufferstaat nur ganz unwahrscheinlich in Frage.

Gegenwärte politische Konstellation, soziale Lage, der verbissene wirtschaftsliche Kampf, müssen die nationale Armee als eine Notwendigkeit erscheinen lassen; denn der Gewalt kann nur mit Gewalt begegnet werden. Durch ihre Einkleidung aber in die Form der Defensivarmee bekunden wir unsern ernsten

Willen zum Frieden.

Basel.

Rudolf Erb, cand. oec. publ.

Zur politischen Lage.

Der Banterott der Locarnopolitit. — Bieder ein Banteröttchen in der Bölter= bundspolitit.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Der Bankerott der Locarnopolitik ist schließlich öffentlich geworden. Was den unterrichteten Kreisen seit Monaten klar war, das haben die Genfer Verhandlungen nun jedermann klargelegt und ebenso das begleitende Pressekonzept diesseits und jenseits des Rheines. Zwar hat man auch in Genf nach alter Gewohnheit und bewährtem Muster zuserst versucht, der gutgläubigen Welt weiter Theater vorzuspielen. Frankreich gab sich während einiger Zeit noch weiter den Anschein, als ob ihm an einer zusnehmenden Bereinigung des Verhältnisses zu Deutschland auch jetzt noch etwas gelegen sei. Als die Verhandlungen dann aber lebhafter wurden und die Deutschen auf die Umwandlung der Liebeserklärungen in handgreisliche Beweise des französischen guten Willens drängten, da ließ man einmal auf kurze Zeit die Maske fallen. Der große Friedensmann Briand sand jetzt Worte, die man sonst nur von Poincaré und den Vertretern des offen nationalistischen Frankreich gewöhnt ist. Was den französischen Außenminister zu diesem

Seitensprung, zu diesem Verlassen einer sonst so folgerichtig gespielten Rolle veranlaßt hat, das bleibt für die Leute außerhalb der Kulissen schleierhaft. War es der Wunsch Poincarés? War es ein sorgfältig vorbereiteter und genau besechneter Schritt oder ein spontaner Gesühlsausbruch? Darauf die Antwort zu geben, ist unmöglich. Auf jeden Fall war Briand bald über die durchschlagende Wirkung seiner Rede selbst recht betreten. Er hatte für die französische Sache geradezu zu gut gearbeitet. Und eifrig ging man wieder an das Verwedeln, an das Verdunkeln der für einen Augenblick so fatal durchsichtig gewordenen Lage. Und der Schluß der Verhandlungen brachte wieder die gewohnte Friedensstimmung des Genser Klimas mit ihrer ganzen Verlogenheit und einen faulen, nichtssagenden und vorläufig zu gar nichts verpflichtenden Kompromiß

als Ergebnis der gangen Berhandlungen.

Die politische Lage in Europa ist damit für jeden, der sehen will, geklärt. Das Kapitel Locarnopolitik ist abgeschlossen. Man weiß jedt, daß man in Frankreich einig ist, es hier zu keiner großzügigen Lösung gelangen zu lassen. Nur eine großzügige Lösung der zwischen Deutschland und Frankreich vorshandenen Streitsragen kann die endgültige Beruhigung des Kernstückes des europäischen Festlandes mit sich bringen. Zu einer solch großzügigen Lösung kann das mühsame, gequälte Weitermurksen, wie es nun seit zwei Jahren vor sich geht, nie und nimmer führen. Bismarck hat seinerzeit nach 1866 in der Beshandlung Osterreichs das Beispiel für eine solch großzügige Lösung gegeben. England hat sie mit seiner Behandlung der Buren in Südafrika und jüngst wieder mit der Gewährung der Unabhängigkeit an Frland gegeben. Eine solche Lösung kann natürlich nur von dem augenblicklich Stärkern im Hindlick auf eine fernere Zukunst eingeleitet werden. Ihre Durchsührung erfordert meist von diesem stärkern Teile erhebliche, sehr erhebliche Opfer. Die Belohnung dafür aber kann dann auch eine lange dauernde und wirkende Beruhigung sein. Für eine solche Politik der weiten Sicht, eine wahrhaft europäische Politik ist Frankreich heute noch keineswegs zu haben. Ob es je dafür zu haben sein wird? Das wird sie Bukunst Europas eine entschende Frage sein.

Man fann es den Frangofen auch durchaus nicht verdenken, daß fie den Weg zu einer solchen Lösung noch nicht finden. Gerade für sie murde er erhebliche Opfer erfordern, da fie 1918 die Gelegenheit benutt haben, um sich eine möglichst günstige Stellung zu verschaffen. Davon haben sie allerdings schon manches Stück preisgeben müssen. Manche Hoffnung ist zu Wasser geworden. Rheinlandpläne der Jahre 1918—23 sind wohl endgültig dahin. Im Saarsgebiet sucht man sich durch allerlei Kniffe wenigstens Teilstücke von besonders bedeutendem wirtschaftlichem Werte zu sichern, während die Erwartungen auf den Erwerb des ganzen Landes auch bereits begraben find. Aber zäh halten die Franzosen die im Friedensvertrag festgesetzten Rechte fest. Sie pochen auf den Buchstaben und wollen nur dann davon abweichen, wenn sie entsprechende Gegenleiftungen erfahren. Für ein gutes Berhältnis zwischen dem deutschen und dem französischen Bolke aber ware es nötig, daß Frankreich raschestens aus dem Rheinland verschwindet, den Saarstaat unter der traurigen Bölkerbundsver= waltung liquidiert, die Rückgabe von Eupen-Malmédy ungestört vor sich gehen läßt und schließlich auch die Frage Elsaß-Lothringens so löst, daß dort die deutsche Landesart die Luft zu atmen und die Bestimmung des eigenen Geschicks hat. Die Frage der Kolonien u. s. w. kann daneben im Hintergrund bleiben. Nach einer solchen Neuordnung der Verhältnisse wäre Grundlage für ein Zusammengehen und Zusammenarbeiten von Deutschen und Franzosen vorshanden. Und noch etwas müßte dazukommen: Frankreich müßte die seit den Tagen Ludwigs XIV. folgerichtig durchgeführte Politik der östlichen Einkreisung Deutschlands aufgeben. Man sieht, das Programm ift nicht klein. Es bedeutet nichts weniger als eine vollständige Umstellung der frangofischen Außenpolitik. Angesichts der völlig veränderten, statt von europäischen nun von weltpolitischen Gesichtspunkten beherrschten Gesamtlage brängt sich ja allerdings eine Umstellung ber europäischen Staatenpolitik auf, aber wo ist ber überragende Staatsmann zu finden, ber das durchführen könnte? Wer bringt es fertig, die maßgebenden Kreise zunächst der Festlandsstaaten neu denken zu lernen?

Einstweisen ist lediglich noch einmal festzustellen, daß der von der bittersten Not erzwungene Anlauf zu einer Besserung der Festlandspolitik versandet ist. Die Not hat nachgesassen und damit auch die Triedkraft. Die großzügigen Gesdanken sind aus der Locarnopolitik verschwunden und ein Feilschen um größtensteils rein taktische Dinge, ein Ringen um Zeitgewinn und dergleichen Dinge ist an die Stelle getreten. Es ist kein Ernst mehr bei der Sache. Die Franzosen strengen sich an, im Rheinland eine Kontrollkommission zu erhalten, also die an und für sich lächerlichen überwachungsbestimmungen des Bersailler Bertrages noch zu verschärsen. Das ist ein Bersuch am untauglichen Objekt, ein Widerspruch zu der ganzen Locarnopolitik. Weniger kann man dies von dem zweiten Punkt der Genser Verhandlungen sagen, von einer Einbeziehung der Reparationsstragen, der Finanzstragen, in den Rahmen der ganzen deutschsfranzösischen Auseinandersetzungen. Auch dieser Punkt muß ja einmal ersedigt werden; je früher man daran geht, umso besser und melchem Geiste wird man an die Behandlung dieser Frage herantreten? Ich vermag da keine großen Hossinungen zu haben. Das Ergebnis der Verhandlungen in Gens besentet im Grunde genommen nichts als eine Vertagung in verhüllter Form. Es bedeutet aber zugleich damit eine erneute Vernichtung aller der Hossinungen, die man an die Locarnopolitik geknüpft hat.

Die Berantwortlichen für diese Wendung hat man allerdings nicht in erster Linie in Paris zu suchen, sondern in London. Die englische Regierung arbeitet nicht mehr an der Festigung der beginnenden europäischen Berstänstigung, sie hintertreibt im Gegenteil diese Berständigung. Es war ja zu erwarten, daß England eine enge Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nicht gerne sehen würde. Man hat auf dem Festlande einigermaßen Ruhe geschaffen durch Locarno. Fest geht man wieder mit Frankreich zusammen und holt dabei für die eigene Politik möglichst viele Borteile heraus. In Paris haben diese Wendung natürlich alle diesenigen Kreise mit Freude begrüßt, denen die ganze Locarnopolitik durchaus wider den Strich ging, an der Spiße Poincaré.

Wie stellt sich nun aber Deutschland dazu? Es muß einstweilen zu dem bösen Spiele gute Miene machen. Andere Möglichkeiten bestehen vorläufig nicht. Der Russe im Osten bedeutet augenblicklich nicht sehr viel. Man kann ihn kaum als Gegenspieler verwenden. Mit der sprunghaften und völlig unsberechendaren Politik Mussolinis zusammenzugehen, hat gar keinen Sinn. So betont man denn die Freundschaft mit Amerika. Was dabei aber herauskommen wird, weiß einstweilen kein Mensch. Die Verlegenheit ist jedenfalls groß und Herr Stresemann wird sich kaum sehnen, nach Berlin und an die Spize der Außenpolitik zurückzukehren. Er überläßt das Auskosten dieser Lage wohl sehr gern den Sozialdemokraten. Es ist schon eine Fronie des Schicksals, daß gerade ein Verständigungspolitiker wie Müller in Genf die Ohrseige von Briand in Empfang nehmen muß, daß die Linksregierung gerade in dem Augenblick an das Ruder gekommen ist, wo der Bankerott der Locarnopolitik offenkundig gesworden ist.

* *

Ein kleineres Bankeröttchen hat auch wieder einmal die Völkerbundspolitik erlebt, wenn nämlich diese irgend einen Sinn haben soll. Wieder mußte die Tätigkeit der Bölkerbundsversammlung vor den Berhandlungen der Großmächte bescheiden zurücktehen. Wieder mußten alle kişligen Streitfragen einsach versichden werden. Wieder wurde das Problem der allgemeinen Abrüstung um keinen Schritt gesördert, sondern auf den Weg geschoben, der geradezu unendlich ist. Man könnte dieses Ergebnis der Genser Berhandlungen einen Bankerott nennen, wenn es etwas Neues wäre. Da das aber nicht der Fall ist, sondern da wir das Gleiche nun schon oft erlebt haben, so nimmt man es auch nicht mehr tragisch. Wohl hat der Bölkerbund eine schlechte Presse, aber das wird bald vergessen sein. Und seine unentwegten Freunde, die fest an die ideale Gestalt ihres Ideals glauben, die sind auch jest mit ihm zusrieden.

Bemerkenswert war auch bei dieser Bölkerbundsversammlung die Haltung der Vertreter der nordischen Neutralen, vor allem derzenigen Schwedens und Norwegens, ab und zu auch der Hollands. Hier sinden wir wirklich eine Politik, die die tönende Phrase, die in Genf so wunderbar klingt und die Welt so weithin täuscht oder wenigstens zu täuschen scheint, in Wirklichkeit umwandeln möchte. Erfolg ist diesen Bestrebungen disher nicht bestimmt gewesen. Es blieb bei der Demonstration mit Reden und auch mit der Stimmabgabe. Die Schweiz ist wie

immer nicht einmal so weit gekommen.

Eine scharfe Quittung für seine bisherige Politik hat der Bölkerbund von dem diesjährigen Minderheitenkongreß in Genf erhalten. Schon in den vorigen Jahren war die Kritik innerhalb der Reihen dieser vom politischen Wirrwarr in Europa in erster Linie betroffenen Gruppen recht lebhaft. Man warf dem Bölkerbund seine Untätigkeit in der Minderheitenfrage vor. Jest ist diese Kritik viel schärfer geworden, nachdem soeben die Minderheitenabteilung des Bölkerbundes mit einem Manne besetzt worden ist, in dessen Objektivität man starke Zweisel sest. Es gaben eben auch für diese Stellenbesetzung im Bölkersbund nicht sachliche Gründe den Ausschlag, sondern rein politische. Und so wendet man sich auch in den Minderheitenkreisen von Genf ab und richtet seine Blicke nach Amerika, was durch das Telegramm dorthin versinnbildlicht wurde. Auch das ist ein Bankerott!

Marau, den 4. Oftober 1928.

Settor Ammann.

Bericht aus dem Deutschen Reiche.

"Die kommenden Wahlen werden im Zeichen des Niederganges unseres Weimarer Systems stehen." So lautete die Gesamtprognose, die ich den Reichstagswahlen im letzten Berichte stellte. Man gestatte dem Propheten die bescheidene
Genugtung, daß er Recht behalten hat. Wohl würde es den Rahmen der vorliegenden Betrachtung sprengen, wollte ich eine eingehende Darstellung der parteimäßigen Verschiedungen geben, welche die letzte Wahl gebracht hat. Viel wichtiger dagegen dürste es sein, das Wahlergebnis gewissermaßen auf einen soziologischen Generalnenner zu bringen. Wenn wir uns zu diesem Vorgehen entschließen, so darf als oberste These aufgestellt werden: Die Gleichgültigkeit
gegenüber dem Wahlvorgang hat zugenommen, die Wahlversammlungen waren
undesucht, Minister mußten als Wahlredner vor gähnend leeren Sälen umkehren, mit kühler Fronie beobachtete das Volk den gewaltigen Ausswand an
unnützer Propaganda. In der jüngeren Generation sand die Stimmung für
einen Wahlprotest (Stimmenthaltung) bemerkenswerten Widerhall.

Eine große Stimmenverschiebung fand nicht statt. Die Sozialdemokratie dankt ihren Sieg der Zersplitterung des Bürgertums. Dank ihrer primitiven Wählerschaft vermag sie mit dem Rest von Schwung, den sie als ehemals revolutionäre Partei noch besitzt, ihre Massen geschlossener in die Wahlschlacht zu wersen, als das skeptisch gewordene und ideenbare Bürgertum. Die Zersplitterung desselben artete demnach auch dis zur Groteske aus und seine parla-

mentarische Schwächung war die Folge.

Alls aber die Diäten gesichert, das Kennen nach den Ministersesseln besendet war, griff eine allseitige Ernüchterung Platz. Es gab wohl keine Partei, die nicht ihre inneren Auseinandersetzungen aufzuweisen hatte. Am meisten besprochen wurde wohl diejenige, welche in der Deutschnationalen Partei durch den Fall Lambach entstand. Nicht als ob es sich dabei um einen Führer überragenden Grades gehandelt hätte. Nicht als ob der Programmpunkt "Bekenntnis zur Monarchie" im Mittelpunkt des Interesses stünde. Im Gegenteil! Es handelte sich um einen grundsählichen Borstoß gegen die Unfruchtbarkeit der nationalen Opposition, die überdies unter dem Zwiespalt leidet, als parlamentarische Partei einem seindlichen System eingegliedert zu sein, als Volksbewegung durch eben diese Eingliederung gehemmt zu werden. Gegen diese Sterilität erhob der Flügel

ber Jungen Widerstand. Darob große Entrüstung bei den Unentwegten, an ihrer Spiße der pressegewaltige Hugenberg, von dem man in Umkehrung des bekannten Wortes sagen könnte, daß er das Gute will, aber dadurch das Böse schafft. Die Austragung dieses Konfliktes ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die Stunde wird kommen, wo die Deutschnationale Partei sich wird verantsworten müssen, wie sie ihren Auftrag, das nationale Gewissen des Volkes zu bilden, ausgesührt hat. Sie wird diese Frage bejahen können, wenn sie Trägerin der gesellschaftlichen und staatlichen Neuschöpfung geworden ist; sie wird zu leicht besunden werden, wenn ihre Vorstellungswelt über die Horizonte des Wilshelminischen oder gar des Weimarer Zeitalters nicht hinausgewachsen ist.

Bebeutsamer als die Niederlage der Rechten und sicher kennzeichnender für die Gesamtentwicklung ist die Einbuße, welche die Wahl der sogen. bürgerlichen Mitte brachte. Die Demokraten sind innerhalb eines Jahrzehntes zu einer Zwergpartei zusammengeschmolzen, die Opponenten vom Range eines Geßler und eines Schacht gesunden hat. Dazu kommt der auf hoher geistiger Warte entswickelte Widerstand eines Hellpach, der in seiner "Politischen Prognose" gerade kein Loblied auf das Deutschland von Weimar gesungen hat. Die Deutsche Bolkspartei, schon längst mehr eine Partei der Nüplichkeit als des großen poslitischen Zuges, leidet an einer doppelten Bedrängnis: der Krankheit ihres Führers, der gerade für seine Partei mehr bedeutet als sonst der Führer für sede andere Partei sodann an der offenkundigen Erfolglosigkeit der deutschen Außenpolitik seit Locarno. Ebenfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen ist das Zentrum, das Dr. Stresemann niemals das Scheitern des Reichsschulgesetzes verzeihen wird. Auch es hat innere Probleme auszuweisen, um deren Lösung es vergeblich kämpst. Kaum war der Konsslikt mit Wirth beendet — man spricht überhaupt von einer merkwürdigen Wandlung des ehemaligen Reichskanzlers —, so erfolgte eine Revolte der Jungen. Dazu kommt jene geistige Auseinanderssehung in der katholischen Welt, welche eine neue Stellungnahme der christlichen Ethik zu der kapitalistischen Wirtschaftsform vorbereitet.

Die Siegesfanfare der Sozialdemokratie klang schon gedämpfter, als ansläßlich der Regierungsbildung keine Partei die verantwortlichen Ministerien übersnehmen wollte. Beliebt sind nämlich nur die Resorts, wo Personalpolitik (sprick: Futterkrippenwirtschaft) getrieben werden kann. Ganz anders jene Ministerien (z. B. das Reichsarbeitsministerium), welche für die Lohnpolitik und damit für die Stimmung breiter Wählermassen verantwortlich sind. Nicht viel hätte gesehlt und die Stelle eines Reichsarbeitsministers wäre zur öffentlichen Bewerdung ausgeschrieben worden. Das sind nun Folgen des parlamentarischen Systems, die seine Lobredner sicher nicht vorausgesehen haben. Der große Krach in der Sozialdemokratie kam aber post sestum. Der armselige Panzerkreuzer, eine der wenigen Säulen, die von verschwundener maritimer Pracht zeugen, der aber wegen der Abschnürung Oftpreußens eine nationale Notwendigkeit ist, wurde die unschwelchge Ursache einer Krise in der Sozialdemokratischen Partei. Es ist eine unangenehme Begleiterscheinung des Regierens, daß die Sozialdemokratie gezwungenermaßen diesen Panzerkreuzer seht gegen den radikaleren marristischen Bruder verteidigen muß, der dieserhalb ein Bolksbegehren beantragt hat. (Die Eigentümlichkeit, daß ein 65 Millionenvolk einmal darüber abstimmte, ob ein Kriegsschiff gebaut werden soll oder nicht, wird ewig als Entartungserscheinung eines überlebten Systems vorgezeigt werden.)

Auch die Tagung der interparlamentarischen Union stand scheindar unter dem Zwange dieser Erkenntnis, welcher sich der Einsichtige doch kaum entziehen kann. Aber was in Berlin über die Krise des Parlamentarismus gesprochen und zu ihrer Beseitigung vorgeschlagen wurde, läßt doch den Schluß zu, daß der echte Staatsmann scheindar zu den ausgestorbenen Then gehört. Im Gegensat zu diesem waren anscheinend in Berlin nur Politiker versammelt, die sich zum Staatsmann verhalten wie der Literat zum Dichter. Wenn einmal der Literat als ein Mann bezeichnet wurde, der schreiben, aber nicht denken kann, so könnte man vom Politiker behaupten, daß er reden, aber keinen Staat sühren kann. So auch hier. Zur Beseitigung der sogen. Auswüchse des Parlamentarismus wurde eine Keihe von Mittelchen vorgeschlagen: Wahlrechtsresorm, Anderung

der Vertrauensflausel und ähnliche äußerliche Behandlungsmethoden. Es scheint keinem von den Rednern der dem Soziologen schon längst geläusige Gedanken gekommen zu sein, daß der Gesellschaftsausbau der abendländischen Völker sich mittlerweile durch die Verstädterung, die Arbeitsteilung, die gesellschaftliche Umschichtung, den Ausbau der Presse, des Schulwesens und durch Veränderung der geistigen Zuständlichkeit gewandelt habe, daß der Parlamentarismus, die politische Form einer ganz anders gearteten Gesellschaft, überlebt sein könne, daß er ein altmodisches Gewand sei, das eine andere Körperlichkeit nicht mehr kleidet. Wem von all' diesen bestissenen Politikern kommt der einsache Gedanke, daß die moderne Massenpartei etwas anderes ist als jene Honoratiorenparlamente des klassischen Parlamentarismus, in denen sich um gleichwertige Führerpersönlichskeiten Fraktionen bildeten. Damals fand sich die unbestritten herrschende Gesessellschaft zur Staatssührung in Parlamenten zusammen. Heute drängen Massensparteien in die Parlamente, um die herrschende Gesellschaft zu vernichten. Führersparteien in die Parlamente, um die herrschende Gesellschaft zu vernichten.

tum und Staat tommen dabei naturnotwendig ins hintertreffen.

Dieje Erfahrung mußte auch der jetige Reichstanzler Müller machen, als der obenerwähnte Panzerkreuzerkonflikt ausbrach. Aber nicht nur Enttäuschungen dieser Art wurden den Führern der Sozialdemokratie bereitet. Auch außenpolitische Träume waren rasch ausgeträumt, womit nicht gesagt ist, daß sie nicht über furz oder lang wiederum das leichte und angenehme Dasein von Träumen führen werden. So mußte zunächst der freundlich lächelnde Herr Löbe, der als fleinburgerlicher Biedermann auf internationalen Rongreffen versöhnende deutsche Händedrücke austeilt, zu seinem Staunen feststellen, daß "die Stimme des arbeitenden Mannes" bei Deutschlands Gegnern genau jo peinlich empfunden wird, wie Ansprüche, die der etwas selbstbewußtere "deutsche Junker" anzumelden pflegte. Es geschah dies im Zeichen des Wiener Sängerbundsestes, wo Herr Löbe sich bemüßigt fühlte, die selbstverständliche Einheit des deutschen Volkes in die politische Sprache zu übersetzen. Das Echo aus Frankreich war mehr als unfreundlich. Eine Betrachtung darüber, warum der Sozialismus in Deutschland und in Deutsch-Ofterreich anschlußfreundlich ist (das Volk ist es in beiden Ländern selbstverständlich), soll hier unterdrückt werden. Obwohl eine solche überlegung interessante Lichter auf die Berquickung von Bolksgefühlen und Parteiinteressen werfen würde. Festgestellt sei nur, daß der Anschluß — zum Unterschied von sonstigen volksdeutschen Erwägungen — bei der Sozialdemokratie deshalb beliebt ist, weil er angeblich keine Machtfrage, sondern nur eine solche des Selbstbestimmungsrechtes sei. Die betrübliche geschichtliche Ersinnerung, daß die Einigungen Nordamerikas, Italiens und vor allen Dingen des Deutschen Reiches reine Machtfragen waren, scheint diesen "Realpolitikern" entfallen zu sein. Das französische Echo des Sängerbundsestes bedeutete desshalb eine unsanste Aufrüttelung aus Träumen, die in der Welt, wo sich die Sachen hart im Raume stoßen nicht erlaubt sind. Nuch Serr Reichskanzler Sachen hart im Raume stoßen, nicht erlaubt sind. Auch Herr Reichskanzler Müller mußte sich in Genf sagen lassen, daß es in der Außenpolitik nur Bölker und feine Parteien gebe. Es ist für ihn, deffen Partei vor der Bahl mit dem Argumente arbeitete, eine Linksregierung würde sich mit Frankreich besser ver= ständigen als eine Rechtsregierung, eine bittere Lehre gewesen, daß seine mannhafte Rede, die ihm im Reiche von allen Parteien gedankt wird, eine Ent= gegnung fand, die an Schärfe alles übertraf, mas in den letten vier Jahren dem deutschen Volke gesagt wurde.

Damit ist die außenpolitische Lage des deutschen Volkes umrissen. Besmerkenswert ist, daß seine hoffnungslos isolierte Lage heute, abgesehen von einigen Benebelungsversuchen, allgemein im Reiche erkannt wird. Eine tiefe Welle der Entmutigung geht durch das deutsche Volk und man weiß nicht, wann daraus eine Welle des Widerstandes werden kann. Bei der wirklichen Versständigungsbereitschaft des deutschen Volkes und bei dem fast sträslichen Optimissmus seiner Außenpolitik wäre es klüger von Briand gewesen, seine Genfer Redenicht zu halten. Er hätte den allzu Gutgläubigen im Reiche die Augen nicht geöffnet und es wären ihm vielleicht übertölpelungsversuche gelungen, die heute aussichtsloser erscheinen denn früher. Heute, fast zehn Jahre nach Kriegsende, stellen wir im Reiche sest, daß die Fesseln von Bersailles um kein einziges

Rettenglied gelodert wurden, daß im Wegenteil fast jede uns vertragsmäßig gustehende Erleichterung neu erkauft werden muß. Aber auch diese Handels= geschäfte werden einmal ein Ende haben, nicht nur an der Grenze dessen, was ein Volk an Sklaventum auf sich zu nehmen gewillt ist, sondern auch durch Erschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Ich weiß, daß der Ausländer ansgesichts des deutschen Wiederausbaues nicht nur in Ruse des Erstaunens aussbricht, sondern auch oft Zeichen der Mißbilligung äußert. Dazu kann gesagt werden, daß mancher Auswand, der das äußere Bild des Reiches mit Glanz umgibt, gerade von besten nationalen Kreisen nicht gebilligt wird. Wohl gibt es Ertlärungen für diesen Aufwand: Es mag sich dabei um einen demagogischen Grundzug der Zeit handeln, den Massenfortschritt und die staatliche Fürsorge zu beweisen. In vielen Fällen aber ist der größere öffentliche Verbrauch eine Folge des Zwanges, den die wirtschaftliche und politische Unfreiheit auf das deutsche Bolt ausübt. Dies mag parador klingen, ist aber doch so. Wie viel große, ins Auge fallende öffentliche Anlagen wurden nur errichtet, um die riesige Zahl der Erwerbslosen zu beschäftigen, welche wir dem gegnerischen Wirtschaftsbrucke und der Verengung unseres Lebensraumes verdanken. Das ist vielleicht keine Entschuldigung, aber immerhin eine vernünftige Erklärung für manche Erscheinung, die den Ausländer vor Rätsel stellt.

übrigens weiß man nicht, ob das Fundament unserer Wirtschaft einen stärkeren Druck aushält, oder ob ein starker Windstoß das allzu luftige Gebäude umweht. Das sind alles Fragen, die auf den üblichen Wirtschaftstagungen mit größter Stepsis erläutert wurden. Die Jahreszahlungen des Normaljahres, welches nach dem Dawesplan vor einigen Wochen begonnen hat, werden sicher nicht auf lange Sicht ertragen werden fonnen. Darüber hinaus aber fragt es sich, wie lange man glaubt, im Zeitalter christlicher Humanität, der Freiheit und der Völkerversöhnung — so nennt man doch die geistige Scheidemunze unserer Tage — die Folgen einer Rriegeniederlage für ein Bolt aufrecht halten zu fönnen, das doch immerhin der Welt seinen Willen bewiesen hat, ein freies Eigendasein zu führen. Zehn Jahre nach dem Ariege stellen wir mit Bitternis sest, daß die Welt sich daran zu gewöhnen beginnt, das zahlenmäßig größte Aulturvolk Europas als ihren ewigen Schuldner zu sehen.

Es mag nun sein, daß der außenpolitische Aurs des Reiches nach dem Ariege eine gewisse Zwangsläusigskeit auswies, die bis zur heutigen Stunde führte. Diese politische Linie kann aber in einem perichiedenen Geiste beschritten

führte. Diese politische Linie kann aber in einem verschiedenen Geiste beschritten werden. Der genaue Kenner ungarischer und reichsdeutscher Berhältnisse versteht, was ich mit dieser Parallele andeuten will. Eine Politik von der inneren Stärfe der ungarischen, in der Wilhelm-Straße betrieben, wurde mahrscheinlich das Bild der europäischen Politik wesentlich verändern. Es mag sein, daß die harte Hand, welche Frankreich seit einigen Monaten aus einer Reihe von Gründen zeigt, eine solche Wandlung der deutschen Politik vorbereitet. Geschieht dies nicht auf evolutionärem Wege, so werden sich die latenten Energien des beutschen Bolfes wohl mehr auf der Plattform der inneren Politik entfalten. Es würden wahrscheinlich auf diesem Wege die Boraussetzungen einer anders= gearteten Außenpolitik entstehen. Man vergeise nicht, daß revolutionäre Innenpolitik als lette revolutionäre Geistigkeit auch zu einer revolutionären Außenpolitik führt. Manchmal möchte derjenige, der in großen geschichtlichen Vorstellungen zu denken gewöhnt ist, annehmen, daß Europa dieser stürmischen Entwidlung zudränge und als ob hermann Stegemann Recht hatte, wenn er meint, daß das gefesselte Mitteleuropa in viel höherem Maße die Geschichte Gesamteuropas bestimmen wird, als das frühere Deutsche Reich. Die erzwungene Ersfolglosigkeit der deutschen Außenpolitik wird die innere Bereitschaft zu großen Umwälzungen innerhalb des deutschen Volkes verstärken. Die antiparlamentarische Front wird wachsen, sie wird sich in den nächsten Jahren ihre Form geben. Vorhanden ist sie schon, sie harrt nur der Formgebung und Führung. Noch nie ist im Deutschen Reiche so viel Gutes, Ernsthaftes und Hochgeistiges über Staatsidee, über Staatsethos u. s. w. geschrieben und gesagt worden, wie gerade eben. Die wilhelminische Üra erscheint geistig und geistespolitisch dem Rück-blickenden geradezu als eine Wüste im Vergleiche zur Gegenwart. Nur Ieben diese Dinge bisher nur auf der Ebene des Geistigen und haben noch keine gessellschaftliche und politische Wirklichkeit gewonnen. Aber die große Krise wird fommen, wo das "Neue" durchbricht und die Geistigen ihre Gefolgschaft finden. Männer, die noch vor furzem als restlos verwurzelt in dem System von Beimar galten, beschäftigen sich heute mit der großen Frage der Gesamtreform deutschen Lebens. Nur Namen wie Hellpach, Gegler und Luther seien in diesem Zu= sammenhange genannt. Bielleicht gibt sich Gelegenheit, einmal im Zusammenhange einen Abrif dieser verschiedenartigen Reformbestrebungen innerhalb des deutschen Reiches zu geben. Für heute sei die Schlufformel meines letten Be-richtes, wonach bei uns im Reiche alles im Flusse sei, dahin erganzt, daß ich sage: Es ist seitdem alles noch mehr in Fluß gekommen und die unnachgiebige Haltung unserer Besieger wird diese Entwicklung beschleunigen.

München, Ende September 1928. Edgar J. Jung.

Bücher-Rundschau

Versprengtes Volkstum.

heute wird an jo manchem Orte versucht, urwüchsiges Volkstum raich zusammenzustampfen oder in eine völlig wesensfremde Art umzumodeln. Man denke nur an Sudtirol! Demgegenüber ist es recht nütlich, sich von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, welch unglaublich zähe Widerstandsfraft auch versprengte Splitter eines Volkstums entfalten können.

Ein Beispiel vermögen die verftreuten deutschen Siedelungen in der nordungarischen Zips zu geben. Bor rund sieben Jahrhunderten sind sie ge-gründet worden, weit entsernt vom Mutterland, mitten in einer weit überlegenen fremden Bevölkerung. Und sie haben sich bis zum heutigen Tage gehalten, wenn auch in stark verringertem Umfange. Gerade jest scheint für sie eine Zeit neuer Sammlung und neuen Aufstieges zu kommen. Und doch handelt es sich hier um einen zahlenmäßig unansehnlichen Splitter, dem nur seine kulturellen Leistungen einiges Gewicht verleihen können.1)

Noch viel auffallender zeigt sich die Lebenszähigkeit deutschen Bolkstums oben im Baltikum. Die Deutschen bildeten hier seit dem 13. Jahrhundert eine geringe Oberschicht, die sich aber durch alle furchtbaren Sturme hindurch aufrecht erhielt und bis in die neueste Zeit hinein unbestritten die Führung im Lande hatte. In den letten 20 Jahren haben gerade die Balten wieder entsetzlich gelitten. Ein anschauliches Bild von diesen Prüfungen geben die Erinnerungen des Freiherrn von Stackelberg. Gerade in ihnen zeigen sich aber deutlich die Kräfte, die die Balten befähigt haben, auszuharren und sich nach dem völligen Umfturz von neuem einen Plat zu erkämpfen, einen Plat, der auf jeden Fall kulturell hoch bedeutend ist.2)

Aber auch abgesehen von solchen kulturelle Höchstleistungen ausweisenden Gruppen sehen wir das gleiche Beharrungsvermögen bei reinen Bauernsieds lungen. Ich verweise hier auf das Beispiel der Deutschen in Litauen.³) Bis vor wenigen Jahren kannte man diese Siedlungen kaum dem Namen nach.

¹⁾ hugo Grothe: 700 Jahre deutschen Lebens in der Zips. Gin illustriertes Quellen= und Lesebuch zur Landes= und Bolkstunde, Siedlungs= und Geistes= geschichte. 287 S. Karten und Bilber. Crimmitschau, Rohland & Berthold, 1927.

²⁾ Eduard Freiherr von Stackelberg-Sutlem: Ein Leben im baltischen Kampf. Rückschau auf Erstrebtes, Verlorenes und Gewonnenes. 183 S. München, Lehmann, 1927. Mf. 5.20.

³⁾ Rudolf Heberle: Die Deutschen in Litauen. 159 S. Stuttgart, Ausland und Beimat, 1927. Mt. 6 .-.